URL: https://www.personio.de/hr-lexikon/krankengeldzuschuss/
SEO Title: Krankengeldzuschuss: Definition und Regelungen | Personio

Meta Description: In diesem Artikel erfahren Sie alles über den Krankengeldzuschuss, ob er steuerfrei ist und wie man ihn berechnet. » Mehr dazu!

Hreflang: /

Krankengeldzuschuss: Definition und Regelungen

Arbeitgeber, die ihre Mitarbeitenden im Krankheitsfall vor finanzieller Benachteiligung schützen möchten, können einen Krankengeldzuschuss zahlen. Was Sie bei der Zahlung dieser freiwilligen Leistung beachten müssen, haben wir in diesem Artikel zusammengefasst.

Verwalten Sie Krankheitsfälle zentral und übersichtlich in Personio.

Key Facts

- Der Krankengeldzuschuss ist eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers. Er kann zusätzlich zum Krankengeld gezahlt werden, einen gesetzlichen Anspruch haben Mitarbeitende nicht.
- In Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen werden in der Regel Anspruch, Zahlungsdauer und -höhe geregelt.
- Der Krankengeldzuschuss ist lohnsteuerpflichtig.
- Wenn der Krankengeldzuschuss und das Krankengeld das Nettoentgelt nicht um 50 Euro übersteigen, sind gezahlte Leistungen nicht beitragspflichtig.

Definition Krankengeldzuschuss

Der Krankengeldzuschuss ist eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers. Er ist lohnsteuerpflichtig und kann zusätzlich zum Krankengeld gezahlt werden. In den ersten sechs Wochen einer Erkrankung zahlen Arbeitgeber ihren Angestellten eine Lohnfortzahlung. Anders als beim Krankengeldzuschuss ist der Arbeitgeber laut Entgeltfortzahlungsgesetz (EntgFG) hierzu gesetzlich verpflichtet. Prüfen Sie, wie die Lohnfortzahlung im Falle von Corona geregelt ist.

Nach Ablauf dieser sechs Wochen sinkt das Entgelt auf maximal 90 Prozent des vorherigen Nettolohns. Arbeitgeber können mit dem Krankengeldzuschuss betroffene Mitarbeitende vor finanziellen Risiken schützen.

Der Manteltarifvertrag Chemie (MTV) schützt Mitarbeitende in der Chemie-Branche mit einem inkludierten Krankengeldzuschuss vor finanzieller Benachteiligung. Nach zwei Jahren durchgehender Anstellung im Unternehmen erhalten Mitarbeitende einen Zuschuss zum Krankengeld. Er wird bei Krankschreibung bis zum zweiten Monatsende ausgezahlt. Der Zeitraum verlängert sich mit der zunehmenden Betriebszugehörigkeit.

Gesetzliche Regelungen zum Krankengeldzuschuss

	Gesetze, Vorschriften und	Beschreibung/Beispiel
	Rechtsprechung	
Lohnsteuer	§ 8 Abs. 1 EStG	Der Krankengeldzuschuss ist
		lohnsteuerpflichtig.

Einzelheiten zum steuerlichen Arbeitslohnbegriff	§ 19 Abs. 1 EStG	Zu den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit gehören z. B. Löhne und Gehälter, Vorteile für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst und Zuwendungen wie Betriebsveranstaltungen.
Nichtselbstständige Einkünfte	R 19.3 - 19.8 LStR <u>H 19.3</u> - 19.8 LStH	Arbeitslohn zählt als Gegenleistung für die individuelle Arbeitskraft. Dazu gehören deshalb Lohnzuschläge/ Gefahrenzuschläge, Entschädigungen, die für nicht gewährten Urlaub gezahlt werden, und Trinkgelder.
Sozialversicherung	§ 23c SGB IV	Die Freigrenze für
Sonstige nicht beitragspflichtige Einnahmen	§ 23c SGB IV (GR v. 13.11.2007-I)	beitragsfreies Arbeitsentgelt liegt bei Nettoentgelt + 50 Euro im Monat (<u>Details folgen unten</u>)

Wann ist der Krankengeldzuschuss durch den Arbeitgeber verpflichtend?

Das Entgeltfortzahlungsgesetz (EntgFG) regelt Zahlungen des Arbeitsentgelts an Feiertagen und bei krankheitsbedingten Ausfällen. Darin wird der Krankengeldzuschuss nicht erwähnt, da er eine freiwillige Leistung ist.

Ob Mitarbeitende ein Recht auf einen Krankengeldzuschuss haben, wie hoch dieser ausfällt und wie lange er gezahlt wird, wird meist im Tarifvertrag oder in der Betriebsvereinbarung genannt.

CTA - Generic Teaser: Product_Abwesenheiten_Generic

Wann ist der Krankengeldzuschuss lohnsteuerpflichtig und wann ist er lohnsteuerfrei?

Wenn Mitarbeitende krankheitsbedingt ausfallen, erhalten sie für die ersten sechs Wochen eine Lohnfortzahlung. Gerade in der Coronazeit hatten Unternehmen mit Arbeitsausfällen zu kämpfen, die sich durch Erkrankungen und Quarantäne-Regelungen ergaben. Sonderregelungen zu Entschädigungsansprüchen bei Corona(verdacht) wurden festgelegt.

Arbeitgeber dürfen ihren Angestellten neben dem Krankengeld oder Krankentagegeld einen Krankengeldzuschuss zahlen, damit sie auch beim plötzlichen Ausfall bei ihrem üblichen Nettogehalt bleiben. Dieser kommt von der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung und ist lohnsteuerpflichtig.

Es kann sein, dass bei der Anwendung der Monatslohnsteuertabelle keine Lohnsteuer anfällt, weil der Betrag für den Zuschuss zu gering ist. Dennoch müssen Sie den Zuschuss auf dem Konto und in der Lohnsteuerbescheinigung als steuerpflichtigen Lohn ausweisen.

Wenn der Krankengeldzuschuss zusammen mit dem Krankengeld das Nettoentgelt nicht um 50 Euro übersteigt, sind Leistungen, die für den Zeitraum des Bezugs von Krankengeld bis zum maßgeblichen Nettoarbeitsentgelt gezahlt werden, nicht beitragspflichtig.

Anders ist es beim Krankengeld: Die Krankenkasse zahlt nach der sechswöchigen Lohnfortzahlung lohnsteuerfreies Krankengeld. Angestellte müssen die Krankengeld-Bescheinigung der Krankenkasse für die Einkommensteuer beim Finanzamt vorlegen.

Wie wird der Krankengeldzuschuss vom Arbeitgeber berechnet?

Zunächst wird das Nettoentgelt ermittelt:



gesetzliche Abzüge wie Steuern und Sozialversicherungsbeiträge

= Nettoentgelt

Die Differenz zwischen dem tariflichen *Nettoentgelt* und dem gesetzlichen *Bruttokrankengeld* ergibt den *Krankengeldzuschuss*.

Dann wird der Krankengeldzuschuss berechnet:

Nettoentgelt

- Bruttokrankengeld

= Krankengeldzuschuss

Der Krankengeldzuschuss entspricht maximal 70 Prozent des Bruttogehalts und maximal 90 Prozent vom letzten Nettoentgelt. Einmalzahlungen wie Urlaubsgelder werden bei der Berechnung berücksichtigt.

Was müssen Sie hinsichtlich der Sozialversicherung und des Krankengeldzuschusses beachten?

Manche Arbeitgeber zahlen ihren Angestellten im Krankheitsfall Zuschüsse oder bieten finanzielle Leistungen wie vermögenswirksame Leistungen an. Diese Einnahmen gelten nicht als beitragspflichtiges Arbeitsentgelt. Letztlich darf der Wert des Krankengelds und des Nettoentgelts nicht die Freigrenze von 50 Euro im Monat sprengen. Alle Zahlungen, die dieses Limit überschreiten, gelten als beitragspflichtiges Arbeitsentgelt.

Beispiel Krankengeldzuschuss 1: Freibetrag wird nicht überschritten

Ein Angestellter stürzt und bricht sich dabei das Bein. Er ist für ein paar Wochen außer Gefecht und kann somit nicht am Arbeitsplatz erscheinen. Der Arbeitgeber möchte ihm finanzielle Nachteile ersparen und zahlt daher einen Krankengeldzuschuss.

Der Angestellte erhält schon vor dem Unfall folgende Sozialleistungen:

- vermögenswirksame Leistungen
- betriebliche Altersvorsorge
- Sachbezüge für seine Wohnung

Nun zahlt der Arbeitgeber einen weiteren Zuschuss:

Krankengeldzuschuss

Ist die Leistung des Arbeitgebers jetzt noch beitragsfrei?

Für die Leistungen seitens des Arbeitgebers sind laufende Zahlungen bis zu 50 Euro nicht beitragspflichtig. Wird diese monatliche Grenze überschritten, werden die Einnahmen beitragspflichtig.

CTA – Generic Teaser: Product Digitale Personalakte Generic

Beispiel Krankengeldzuschuss 2: Freibetrag wird überschritten

Ein Angestellter wird arbeitsunfähig und erhält von der Krankenkasse Krankengeld. Im letzten Abrechnungszeitraum vor seinem Ausfall hatte er ein laufendes Bruttoentgelt von 4.000 Euro. Sein Weihnachts- und Urlaubsgeld belaufen sich auf 1.200 Euro. Er wohnt dazu in einer Werkswohnung, die 700 Euro monatlich beträgt.

Berechnung des monatlichen SV-Betrags

Nettoarbeitsentgelt 2.504,17 €

- Nettokrankengeld 1.800,00 €
- = monatlicher SV-Betrag 704,17 €

Berechnung des Freibetrags:

Monatlicher SV-Betrag 704.17 €

- + SV-Freigrenze 50,00 €
- = Freibetrag 754,70 €

Ist die Leistung des Arbeitgebers jetzt noch beitragsfrei?

Der Freibetrag in Höhe von 50 Euro wird aufgrund der Bruttozahlung durch den hohen monatlichen Sachbezug überschritten. Daher bleibt nur der monatliche SV-Freibetrag beitragsfrei.

Beispiel Krankengeldzuschuss 3: Anteilige Beitragsbemessungsgrenze

Ein Angestellter ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt und bezieht seit dem 1. April Krankengeld. Er fährt seinen Firmenwagen weiterhin privat. Dieser Wert übersteigt die Freigrenze und gilt somit als beitragspflichtiges Arbeitsentgelt. Im Juli bekommt er von seinem Arbeitgeber Urlaubsgeld.

Einmalzahlungen und eventuell beitragsfreie Zahlungen kommen zu Sozialleistungen wie Krankengeld nur für laufende Bezüge infrage. Einmalzahlungen sind prinzipiell beitragspflichtig.

Dem Angestellten stehen 210 SV-Tage zu: 7 Monate (Januar bis Juli) mal 30 SV-Tage

Wer übernimmt den Krankengeldzuschuss bei Langzeitkranken?

Der Arbeitgeber zahlt die ersten sechs Wochen der Lohnfortzahlung für ausgefallene Angestellte. Danach zahlt die Krankenkasse Krankengeld. Der Krankengeldzuschuss wird vom Arbeitgeber gezahlt.

Beschäftigungszeit	Anspruchszeitraum und -dauer	Leistungszahler
< 1 Jahr	Kein Anspruch auf Krankengeldzuschuss (sollte der Angestellte im Laufe der Arbeitsunfähigkeit eine Beschäftigungszeit von mehr als 1 Jahr bzw. 3 Jahren vollenden, hat er Anspruch auf einen Krankengeldzuschuss)	Arbeitgeber
> 1 Jahr	Maximal bis zum Ende der 13. Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit (aufgrund der 6 Wochen Entgeltfortzahlung höchstens 7 Wochen)	Arbeitgeber

> 3 Jahre	Maximal bis zum Ende der 39. Woche nach Beginn der	Arbeitgeber
	Arbeitsunfähigkeit (Aufgrund	
	der 6 Wochen	
	Entgeltfortzahlung höchstens	
	33 Wochen)	

Wie hoch ist der Krankengeldzuschuss im öffentlichen Dienst?

Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) enthält einen Krankengeldzuschuss. Am Ende der Lohnfortzahlung erhalten Angestellte also einen Krankengeldzuschuss. Er entspricht der Differenz zwischen dem letzten Nettogehalt und dem Nettokrankengeld.

Privatversicherte (mit Krankenvollversicherung) erhalten den Differenzbetrag zum Krankengeldhöchstsatz, der laut gesetzlicher Krankenversicherung gelten würde.

FAQ Krankengeldzuschuss

Wer hat Anspruch auf Krankengeldzuschuss?

Der <u>Krankengeldzuschuss</u> ist freiwillig. Anders als bei der Entgeltfortzahlung (Entgeltfortzahlungsgesetz) ist der Arbeitgeber nicht dazu verpflichtet, seinen Angestellten einen Krankengeldzuschuss zu zahlen. Ansprüche sind meist in Arbeits- und Tarifverträgen sowie Betriebsvereinbarungen geregelt.

Wann zahlt der Arbeitgeber Krankengeldzuschuss?

In den ersten sechs Wochen nach Arbeitsunfähigkeit erhalten Angestellte eine Entgeltfortzahlung. Danach können Arbeitgeber <u>bis zur 13. Woche</u> (> 1 Jahr Betriebszugehörigkeit) und bis zur 39. Woche (> 3 Jahre Betriebszugehörigkeit) einen Krankengeldzuschuss zahlen.

Binder: Product PWA Binder

Sidebar: Product Abwesenheiten Sidebar